
Gemeindeordnung

Version 1.0

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-----------|--|-----------|
| 1 | Einleitung..... | 3 |
| 1.1 | Geltungsbereich und Zweck | 3 |
| 1.2 | Bestand | 3 |
| 1.3 | Aufgaben..... | 3 |
| 2 | Gemeindeangehörige | 4 |
| 2.1 | Melde und Hinterlegungspflicht..... | 4 |
| 3 | Organisation der Gemeinde..... | 5 |
| 3.1 | Allgemeine Organisation | 5 |
| 3.1.1 | Organe | 5 |
| 3.1.2 | Geschäftsverkehr | 5 |
| 3.1.3 | Einberufung | 5 |
| 3.1.4 | Beschlussfähigkeit | 6 |
| 3.1.5 | Protokollführung und Genehmigung | 6 |
| 3.1.6 | Öffentlichkeit der Verhandlungen..... | 6 |
| 3.1.7 | Wahlen und Abstimmungen..... | 6 |
| 3.1.8 | Archiv | 7 |
| 3.2 | Ordentliche Gemeindeorganisation | 7 |
| 3.2.1 | Politische Rechte | 7 |
| 3.2.2 | Gemeindeversammlung..... | 8 |
| 3.2.3 | Gemeinderat | 9 |
| 4 | Kommissionen und Delegierte | 10 |
| 4.1 | Art und Zahl..... | 10 |
| 4.2 | Befugnisse | 11 |
| 4.2.1 | Rechnungsprüfungskommission..... | 11 |
| 4.2.2 | Wahlbüro..... | 11 |
| 4.2.3 | Baukommission..... | 11 |
| 4.2.4 | Bildungskommission | 11 |
| 4.2.5 | Übrige ständige und befristete Kommissionen | 12 |
| 4.2.6 | Delegierte..... | 12 |
| 5 | Behördenmitglieder, Beamte und Angestellte..... | 12 |
| 5.1 | Dienstverhältnis..... | 12 |
| 5.2 | Gemeindepräsident..... | 13 |
| 5.3 | Friedensrichter | 14 |
| 5.4 | Inventurbeamter | 14 |
| 5.5 | Leiter Administration | 14 |
| 5.6 | Leiter Finanzen und Steuern..... | 14 |
| 5.7 | Leiter Bau und Planung | 15 |
| 5.8 | Leiter Sozialdienst Wasseramt Ost..... | 15 |
| 5.9 | Feuerwehr..... | 15 |
| 5.10 | Nebenamtliche Gemeindefunktionäre | 15 |
| 6 | Finanzhaushalt..... | 16 |
| 6.1 | Finanzplan..... | 16 |
| 6.2 | Voranschlag | 16 |
| 6.3 | Neue Ausgaben unter einem besonderen Traktandum..... | 16 |
| 6.4 | Rechnungsprüfung..... | 16 |
| 7 | Unternehmen | 16 |
| 8 | Zusammenarbeit der Gemeinden | 17 |
| 9 | Beschwerderecht..... | 17 |
| 10 | Schlussbestimmungen | 18 |
| 10.1 | Aufhebung bisherigen Rechts..... | 18 |
| 10.2 | Inkrafttreten | 18 |

Die Gemeindeversammlung der Einwohnergemeinde Derendingen - gestützt auf die §§ 2 und 56 lit. a des Gemeindegesetzes (GG) vom 16. Februar 1992 -

beschliesst:

1 Einleitung

1.1 Geltungsbereich und Zweck

§ 1

§ 1 GG

- 1 Diese Gemeindeordnung regelt:
 - a) den Bestand und die Aufgaben der Gemeinde;
 - b) die Rechtsstellung der Gemeindeangehörigen;
 - c) die Organisation;
 - d) den Finanzhaushalt;
 - e) das Beschwerderecht.
- 2 Zugunsten der einfacheren Lesbarkeit wurde der Text auf eine Geschlechtsform beschränkt. Selbstverständlich gelten sämtliche Formulierungen sowohl für die weiblichen als auch die männlichen Personen.

1.2 Bestand

§ 2

Art. 45 KV

- 1 Die Einwohnergemeinde Derendingen ist eine Gemeinde im Sinne der Verfassung des Kantons Solothurn (KV) vom 8. Juni 1986 und des Gemeindegesetzes.
- 2 Sie umfasst das herkömmliche und ihr verfassungsmässig garantierte Gebiet mit allen Personen, die darin wohnen und sich aufhalten.

1.3 Aufgaben

§ 3

Art. 45 KV

- 1 Die Aufgaben der Gemeinde ergeben sich aus der Gemeindeautonomie und der eidgenössischen und kantonalen Verfassungs- und Gesetzgebung.

2 Insbesondere sind

- a) die Organisation zu regeln und die Behörden und Verwaltungsorgane zu bestellen;
- b) die öffentliche Sicherheit zu garantieren;
- c) eine den Fähigkeiten und Neigungen der Kinder entsprechende Bildung (Unterricht) anzubieten;
- d) ideelle, kulturelle und freizeitliche Tätigkeiten zu unterstützen;
- e) die Gesundheit der Einwohner zu wahren;
- f) die öffentliche Wohlfahrt und soziale Sicherheit zu fördern;
- g) Verkehrsmassnahmen zu treffen, welche auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Verkehrsteilnehmer Rücksicht nehmen;
- h) eine Infrastruktur aufzubauen, welche die Energieversorgung und die Entsorgung sicherstellt;
- i) die Umwelt zu schützen und die Raumordnung zu verwirklichen, welche den Boden haushälterisch nutzt;
- j) Massnahmen zu treffen, welche die kommunale Volkswirtschaft stärken;
- k) ein ausgeglichener Finanzhaushalt anzustreben.

2 Gemeindeangehörige

2.1 Melde und Hinterlegungspflicht

§ 4

§ 3 GG

- 1 Wer in der Einwohnergemeinde Derendingen Wohnsitz oder Aufenthalt begründet, hat sich innert 14 Tagen anzumelden und seine Ausweispapiere zu hinterlegen. Innert derselben Frist sind auch Adressänderungen innerhalb der Gemeinde zu melden.
- 2 Wer den Wohnsitz oder Aufenthalt in Derendingen aufgibt, hat sich innert 14 Tagen abzumelden.
- 3 Vermieter von Wohnraum müssen den Einwohnerdiensten jeden Einzug und Wegzug von Mietern innert 14 Tagen melden.

§ 5

§ 6 GG

Der Datenschutz richtet sich nach dem Informations- und Datenschutzgesetz.

§ 6

- 1 Die Gemeindebehörde informiert die Bevölkerung objektiv, ausgewogen, sachlich und zeitgerecht über Entscheide von allgemeinem Interesse. Die amtliche Information und das Recht auf Zugang zu amtlichen Dokumenten richten sich nach dem Informations- und Datenschutzgesetz.
- 2 Der Gemeinderat regelt in einem Geschäftsreglement und mit einer internen Weisung die Details, die Zuständigkeiten und die internen Abläufe.

§ 7

Die Gemeinde erhebt für die im Zusammenhang mit der Meldepflicht vorzunehmenden Verrichtungen Gebühren nach dem Gebührenreglement.

§ 8

Wer vorsätzlich oder fahrlässig die Meldepflicht verletzt, wer die Ausweispapiere nicht hinterlegt, wer bei der An- oder Abmeldung die Auskunft verweigert oder unwahre Angaben macht, wird vom Friedensrichter mit Busse bestraft.

3 Organisation der Gemeinde**3.1 Allgemeine Organisation****3.1.1 Organe****§ 9****§ 16 + 17 GG**

Organe der Einwohnergemeinde Derendingen sind:

- a) die Gemeindeversammlung;
- b) die Behörden:
 - 1. der Gemeinderat;
 - 2. die Kommissionen.
- c) die Beamten und Angestellten im Rahmen ihrer selbständigen Entscheidungskompetenz.

3.1.2 Geschäftsverkehr**§ 10****§ 18 GG**

- 1 Geschäfte, die an die Gemeindeversammlung oder den Gemeinderat weitergeleitet werden, sind in der Regel zuvor von den entsprechenden Kommissionen vorzubereiten.
- 2 Eingehendere Regelungen kann der Gemeinderat in Pflichtenheften treffen.

3.1.3 Einberufung**3.1.3.1 der Gemeindeversammlung****§ 11****§ 19 ff GG**

- 1 Die Stimmberechtigten sind mindestens 7 Tage im Voraus zur Gemeindeversammlung einzuladen.
- 2 Ort, Datum, Zeit und Traktanden sind anzugeben.

- 3 Die Einladung ist im Publikationsorgan der Gemeinde zu veröffentlichen oder den Stimmberechtigten zuzustellen.
- 4 Die Anträge des Gemeinderates sowie die entsprechenden Unterlagen sind während der Einladungsfrist aufzulegen.

3.1.3.2 der Behörden

§ 12

§ 23 ff GG

- 1 Einladung und Traktandenliste sind den Behördenmitgliedern mindestens 5 Tage vor der Sitzung zuzustellen.
- 2 Die entsprechenden Unterlagen sind für die Behördenmitglieder während der Einladungsfrist aufzulegen oder ihnen zuzustellen.

3.1.4 Beschlussfähigkeit

§ 13

§ 26 GG

Beschlussfähigkeit ist gegeben, wenn:

- a) im Gemeinderat wenigstens 2/3 der Mitglieder oder Ersatzleute anwesend sind;
- b) in Kommissionen mehr als 1/2 der Mitglieder oder Ersatzleute, mindestens aber 3 anwesend sind.

3.1.5 Protokollführung und Genehmigung

§ 14

§ 28 ff GG

- 1 Die Verhandlungen der Gemeindeversammlung werden nach § 28 des Gemeindegesetzes protokolliert.
- 2 Die Prüfung und Genehmigung des Protokolls erfolgt durch den Gemeinderat.
- 3 Die Verhandlungen von Behörden werden nach § 30 Absatz 1-3 des Gemeindegesetzes protokolliert.

3.1.6 Öffentlichkeit der Verhandlungen

§ 15

§ 31 GG

Die Verhandlungen der Gemeindeversammlung und des Gemeinderates sind in der Regel öffentlich.

3.1.7 Wahlen und Abstimmungen

§ 16

§ 32 ff GG

- 1 Urnenwahlen von Gemeindebehörden finden nach dem Proporzverfahren statt.

- 2 An der Gemeindeversammlung und in den Behörden ist geheim abzustimmen oder zu wählen, wenn es 1/5 der Stimmberechtigten oder der Mitglieder verlangt. Stehen mehrere Kandidaten zur Wahl, muss geheim gewählt werden.

3.1.8 Archiv

§ 17

§ 41 GG

Alle wichtigen manuell geführten oder elektronisch gespeicherten Datenbestände der Gemeinde, die für die laufende Verwaltung nicht benützt werden, sind zu archivieren.

3.2 Ordentliche Gemeindeorganisation

3.2.1 Politische Rechte

3.2.1.1 Allgemeine Mitwirkungsrechte an der Gemeindeversammlung

§ 18

§ 42 GG

Wer stimmberechtigt ist, kann:

- a) an der Gemeindeversammlung teilnehmen, sich an der Diskussion beteiligen sowie zu den traktandierten Gegenständen Anträge und zum Verfahren Ordnungsanträge stellen;
- b) eine Motion zu einem Gegenstand einreichen, für den die Gemeindeversammlung zuständig ist;
- c) ein Postulat zu einem Gegenstand einreichen, für den die Gemeindeversammlung oder der Gemeinderat zuständig ist;
- d) mit einer Interpellation an der Gemeindeversammlung mündlich Auskunft über Gemeindeangelegenheiten verlangen.

3.2.1.2 Petition

§ 19

§ 26 KV

Jeder Einwohner ist berechtigt, Gesuche und Eingaben an kommunale Organe zu richten. Das zuständige Organ ist verpflichtet, innert angemessener Frist, jedoch vor Ablauf eines Jahres, eine begründete Antwort zu geben.

3.2.1.3 Einberufung der Gemeindeversammlung durch die Stimmberechtigten

§ 20

§ 49 GG

1/5 der Stimmberechtigten kann verlangen, dass innert nützlicher Frist eine Gemeindeversammlung einberufen wird.

3.2.1.4 Obligatorische Urnenabstimmung

§ 21

§ 50 ff GG

- 1 Über eine von der Gemeindeversammlung beratene Vorlage ist an der Urne abzustimmen, wenn:
 - a) der Gemeindebestand oder das Gemeindegebiet wesentlich verändert werden soll;
 - b) es die Gemeindeversammlung mit 1/5 der anwesenden Stimmberechtigten bestimmt.
- 2 In diesen Fällen unterbleibt die Schlussabstimmung an der Gemeindeversammlung.

3.2.1.5 Urnenwahlen

§ 22

§ 54 GG

- 1 An der Urne werden gewählt:
 - a) die Mitglieder des Gemeinderates;
 - b) die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission;
 - c) der Gemeindepräsident;
 - d) der Gemeindevizepräsident;
 - e) der Friedensrichter.
- 2 Stehen nicht mehr vorgeschlagene Kandidaten zur Verfügung als Ämter zu besetzen sind, gelten diese sowohl bei Proporz- als auch bei allen Majorzwahlen bereits im ersten Wahlgang als in stiller Wahl gewählt.

3.2.2 Gemeindeversammlung

3.2.2.1 Befugnisse

§ 23

§ 56 ff GG

Neben den in §§ 50 und 56 des Gemeindegesetzes aufgeführten Befugnissen stehen der Gemeindeversammlung weitere nicht übertragbare Befugnisse zu:

- a) sie beschliesst Geschäfte, deren Ausgaben einmalig Fr. 500'000.00 oder jährlich wiederkehrend Fr. 100'000.00 übersteigen (insbesondere Ausgaben, Nachtragskredite, Eigentumsübertragungen, Einräumung beschränkter dringlicher Rechte, Verpflichtungen oder Einnahmereduktionen, Gründung oder Erweiterung von Anstalten und Unternehmen, Beteiligung an gemischtwirtschaftlichen oder privaten Unternehmungen und Zusammenarbeit der Gemeinden);
- b) sie bestimmt Honorare, Jahresentschädigungen und sonstige Entschädigungen sowie Geschenke und Beiträge an Funktionäre ab einer Höhe von Fr. 10'000.00 im Einzelfall;
- c) sie beschliesst die Verpfändung von Wertschriften sowie Leistungen von Bürgschaften oder Kautionen ab einer Höhe von Fr. 50'000.00 im Einzelfall;
- d) sie beschliesst den Ankauf und die Veräusserung von Grundstücken und Liegenschaften ab einer Kaufsumme von Fr. 1'000'000.00 im Einzelfall.

3.2.2.2 Verfahren

§ 24

§ 58 ff GG

Das Verfahren richtet sich nach dem Gemeindegesetz.

3.2.3 Gemeinderat

3.2.3.1 Zusammensetzung

§ 25

§ 67 ff GG

- 1 Der Gemeinderat zählt 11 Mitglieder.
- 2 Die Zahl der amtierenden Ersatzleute wird jeweils nach erfolgter Wahl vom Gemeinderat ab Proporzliste bestimmt.
Die Zahl der amtierenden Ersatzleute, die zur Vertretung im Gemeinderat berechtigt sind, darf höchstens die Hälfte der Anzahl der gewählten Mitglieder des Gemeinderates ab jeder Proporzliste betragen, wobei bei Bruchzahlen auf die nächste ganze Zahl aufgerundet wird. Die Reihenfolge richtet sich nach den erzielten Stimmenzahlen der Kandidaten.
So eventuell nicht berücksichtigte Kandidaten rücken bei einer eintretenden Vakanz als amtierende Ersatzmitglieder nach, dies wiederum in der Reihenfolge der erzielten Stimmenzahlen.

3.2.3.2 Befugnisse

§ 26

§ 70 GG

- 1 Der Gemeinderat ist das vollziehende und verwaltende Organ der Gemeinde.
- 2 Er beschliesst und wählt in allen Angelegenheiten, die nicht in der Gesetzgebung, in der Gemeindeordnung oder in anderen rechtssetzenden Gemeindereglementen ausdrücklich einem anderen Organ übertragen sind.
- 3 Er hat insbesondere:
 - a) die Tätigkeiten der Gemeinde zu planen und zu koordinieren;
 - b) Anträge der Gemeindeversammlung in Sachgeschäften zu stellen;
 - c) die Gemeindeversammlungsbeschlüsse und die an der Urne gefassten Beschlüsse zu vollziehen;
 - d) die Gemeindeverwaltung, unter Vorbehalt des Oberaufsichtsrechtes der Gemeindeversammlung, zu beaufsichtigen;
 - e) Verwaltungsreglemente zu erlassen;
 - f) das Disziplinarrecht auszuüben, sofern in der Gemeindeordnung nicht eine andere Behörde bestimmt wird;
 - g) die Aufgaben der Ortspolizei im Rahmen der Gesetzgebung und der Gemeindereglemente wahrzunehmen;
 - h) die Gemeinde nach aussen zu vertreten;
 - i) die Überwachung der Liegenschaften im Finanzvermögen sicherzustellen.

4 Er verfügt über folgende Finanzkompetenzen:

- a) Vollzug von budgetierten Ausgaben bis Fr. 500'000.00 und Beschlussfassung über Nachtragskredite sowie nicht im Voranschlag vorgesehene Ausgaben im Einzelfall bis zur Höhe von Fr. 500'000.00 bei einmaligen und Fr. 100'000.00 bei jährlich wiederkehrenden Ausgaben;
- b) Beschlussfassung über den Ankauf und die Veräusserung von Grundstücken und Liegenschaften bis zu einer Kaufsumme von Fr. 1'000'000.00 im Einzelfall.

4 Kommissionen und Delegierte

4.1 Art und Zahl

§ 27

§ 99 ff GG

Der Gemeinderat wählt folgende Kommissionen mit folgender Mitglieder- und Ersatzmitgliederzahl:

| 1 Kommission | Mitglieder | Ersatz |
|---|------------|--------------|
| a) Baukommission mit beratender Stimme (ohne Stimmrecht) Leitung Werkhof | 7 | 1 pro Partei |
| b) Bibliothekskommission | 5 | - |
| c) Bildungskommission | 5 | - |
| d) Energie- und Umweltschutzkommission | 5 | - |
| e) Finanzkommission | 5 | - |
| f) Kulturkommission | 5 | - |
| g) Rechnungsprüfungskommission | 7 | 1 pro Partei |
| h) Wahlbüro | 5 | 5 |

| 2 Delegierte | Mitglieder | Ersatz |
|---|------------|--------------|
| a) Zweckverband Alters- und Pflegeheim De/Lu | 12 | 1 pro Partei |
| b) Zweckverband Schulkreis Wasseramt Ost | 8 | 1 pro Partei |
| c) Vormundschafts- und Sozialhilfekommission des Sozialkreises Wasseramt Ost | 1 | |
| d) Vertreter der regionalen Bevölkerungs- und Zivilschutzkommission | * | |
| e) Vertreter im regionalen Führungsstab | * | |

- * Anmerkung: Die Zusammensetzung bzw. Wahl richtet sich nach dem Reglement des regionalen Führungsstabes (RFS) und der regionalen Zivilschutzorganisation (RZSO) Wasseramt Ost.

4.2 Befugnisse

4.2.1 Rechnungsprüfungskommission

§ 28

§ 103 GG

- 1 Die Aufgaben der Rechnungsprüfungskommission richten sich nach dem Gemeindegesetz.
- 2 Die Rechnungsprüfungskommission ist für die Prüfung folgender Abrechnungen zuständig:
 - a) Bauabrechnungen;
 - b) Zivilschutzabrechnungen;
 - c) vom Sozialdienst Wasseramt Ost geführte Mündelabrechnungen.

4.2.2 Wahlbüro

§ 29

§ 104 GG

- 1 Die Aufgaben des Wahlbüros richten sich nach dem Wahlgesetz.
- 2 Das Wahlbüro überwacht insbesondere die Stimmabgabe bei Wahlen und Abstimmungen und übermittelt die Resultate.

4.2.3 Baukommission

§ 30

§ 108 GG

- 1 Die Aufgaben der Baukommission richten sich nach dem Planungs- und Baugesetz, der Kantonalen Bauverordnung sowie dem Baureglement.
- 2 Sie ist antragstellende Behörde für die in die Kompetenz des Gemeinderates oder des Gemeindepräsidenten fallenden einschlägigen Geschäfte. Beschlussfassung von Ausgaben aus budgetierten Krediten von Fr. 50'000.00 bis Fr. 100'000.00. Für unvorhergesehene Anschaffungen wird ihr auf dem Budgetwege alljährlich ein besonderer Sammelkredit zur Verfügung gestellt.
- 3 Sie stellt die Überwachung von sämtlichen Liegenschaften und Grundstücken im Verwaltungsvermögen (VV) sicher.
- 4 Sie stellt die Überwachung der Infrastrukturanlagen (Strassen und Kanalisationen) sicher.

4.2.4 Bildungskommission

§ 31

§ 108 GG

- 1 Die Bildungskommission übernimmt Entwicklungs- und Beratungsaufgaben nach Auftrag des Gemeinderates.
- 2 Die Mitglieder sind Fachleute aus dem bildungsnahen Bereich oder Personen, die ein besonderes Interesse an Bildungsfragen haben.

4.2.5 Übrige ständige und befristete Kommissionen

§ 32

§ 108 GG

- 1 Die Obliegenheiten der übrigen Kommissionen sind in den entsprechenden Reglementen umschrieben oder ergeben sich aus der eidgenössischen oder kantonalen Gesetzgebung. Auch kann ihnen der Gemeinderat Aufgaben zuweisen.
- 2 Die Kompetenz von budgetierten Krediten ist auf Fr. 10'000.00 begrenzt. Den Kommissionen können auf dem Budgetweg für unvorhergesehene Verpflichtungen Sammelkredite zur Verfügung gestellt werden. Im Übrigen stellen die Kommissionen Antrag an den Gemeindepräsidenten und den Gemeinderat.

4.2.6 Delegierte

§ 33

- 1 Die Delegierten handeln im Auftrag des Gemeinderates und vertreten dessen Interessen.
- 2 Die Delegierten sind verpflichtet den Gemeinderat über die Geschäfte zu informieren.

5 Behördenmitglieder, Beamte und Angestellte

5.1 Dienstverhältnis

§ 34

§ 120 GG

- 1 Beamte sind:
 - a) Gemeindepräsident;
 - b) Gemeindevizepräsident;
 - c) Friedensrichter;
 - d) Inventurbeamter.
- 2 Leitende Angestellte sind:
 - a) Leiter Administration;
 - b) Leiter Finanzen und Steuern;
 - c) Leiter Sozialdienst Wasseramt Ost;
 - d) Leiter Bau und Planung;
 - e) Schulleiter;
 - f) Regionaler Zivilschutzkommandant.
- 3 Angestellte sind alle übrigen Personen in unbefristeten Arbeitsverhältnissen.
- 4 Teilzeitpensen bis 30 %, aushilfsweise und befristete Arbeitsverhältnisse sowie Lehrverhältnisse können privatrechtlich ausgestaltet werden.
- 5 In der Dienst- und Gehaltsordnung werden die Rechte und Pflichten des haupt- und nebenamtlichen Personals umschrieben.

5.2 Gemeindepräsident

§ 35

§ 126 ff GG

- 1 Der Gemeindepräsident leitet und koordiniert die Gemeindegeschäfte. Ihm untersteht das Gemeindepersonal.
- 2 Weitere Aufgaben:
 - a) die unmittelbare Überwachung der Geschäftsbehandlung des Gemeinderates und der Kommissionen;
 - b) öffentliche Bekanntmachung der allgemein verbindlichen Gemeindebeschlüsse und der Reglemente sowie der Beschlüsse und Massnahmen des Gemeinderates;
 - c) Abfassung der Berichte über die Vorlagen an Gemeinderat und Gemeindeversammlung sowie für die Urnenabstimmungen;
 - d) Aufsicht über die gesamte Gemeindeverwaltung und Koordination der Tätigkeit aller Verwaltungszweige und Betriebe;
 - e) Vorbereitung der Traktanden für die Sitzungen des Gemeinderates;
 - f) die Anordnung vorläufiger oder dringlicher Massnahmen administrativer oder polizeilicher Art unter sofortiger Mitteilung an die für die endgültige Entscheidung zuständige Behörde;
 - g) die offizielle Vertretung der Gemeinde nach aussen und die Sorge für die Wahrung ihrer Interessen;
 - h) Erteilung von Audienzen;
 - i) Beglaubigung von Unterschriften gemäss § 24 ff EG zum ZGB;
 - j) die Aufstellung der Pflichtenhefte für Beamte, Angestellte und Funktionäre und die Organisation der Verwaltung;
 - k) die Wahl der Angestellten (exklusive Lehrpersonen), des Aushilfspersonals sowie der Lernenden;
 - l) Abschluss und Genehmigung von Pachtverträgen;
 - m) in dringenden Fällen die Anordnung von Rechtsvorkehren und anderen Massnahmen unter Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung durch den Gemeinderat;
 - n) An- und Verkauf von Land im Zusammenhang mit Strassenbauten und Korrekturen.
- 3 Er verfügt über folgende Finanzkompetenzen:
 - a) die Verfügung über den ihm im Voranschlag eingeräumten Kredit und Vollzug von budgetierten Ausgaben bis Fr. 100'000.00 und Beschlussfassung über Nachtragskredite sowie nicht im Voranschlag vorgesehene Ausgaben im Einzelfall bis zur Höhe von Fr. 100'000.00 bei einmaligen und Fr. 25'000.00 bei jährlich wiederkehrenden Ausgaben;
 - b) die Genehmigung von Schlussabrechnungen über ausgeführte Gemeindebauten mit einem Anlagewert von bis zu Fr. 300'000.00;
 - c) Anweisung von Rechnungen im Rahmen der bewilligten Kredite. Er ist befugt, diese Aufgabe an den Leiter Finanzen und Steuern zu delegieren.
- 4 Der Gemeindevizepräsident besorgt die Stellvertretung des Gemeindepräsidenten.

5.3 Friedensrichter

§ 36

§ 133 GG

- 1 Der vom Volk an der Urne zu wählende Friedensrichter ist nach den Bestimmungen der Zivilprozessordnung Sühnerichter in Zivilsachen.
- 2 Stellvertreter des Friedensrichters ist (in dieser Reihenfolge) der Gemeindepräsident, der Vizegemeindepräsident oder aber das amtsälteste Gemeinderatsmitglied (§ 4 Absatz 2 Gerichtsorganisationsgesetz).

5.4 Inventurbeamter

§ 37

- 1 Der Gemeinderat wählt einen Inventurbeamten und regelt die Stellvertretung.
- 2 Die Aufgaben richten sich nach der eidgenössischen und der kantonalen Gesetzgebung.

5.5 Leiter Administration

§ 38

§ 131 GG

- 1 Die Funktion des Gemeindeschreibers wird vom Leiter Administration wahrgenommen. Er führt vor allem den Schriftverkehr und die Administration.
- 2 Der Leiter Administration hat die Befugnis, budgetierte Ausgaben bis Fr. 10'000.00 im Fachbereich zu vollziehen.

5.6 Leiter Finanzen und Steuern

§ 39

§ 132 GG

- 1 Die Funktion des Finanzverwalters wird vom Leiter Finanzen und Steuern wahrgenommen. Er führt vor allem den Finanzhaushalt der Gemeinde und ist zuständig für die Erneuerung von Darlehen und die Aufnahme von kurzfristigen Darlehen zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen.
- 2 Der Leiter Finanzen und Steuern hat die Befugnis, budgetierte Ausgaben bis Fr. 10'000.00 im Fachbereich zu vollziehen.

5.7 Leiter Bau und Planung

§ 40

§ 133 GG

- 1 Der Leiter Bau und Planung ist zuständig für das kommunale Bauwesen und die Verwaltung der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen (VV). Die Aufgaben der Abteilung Bau und Planung richten sich nach der kantonalen und der lokalen Gesetzgebung.
- 2 Der Leiter Bau und Planung hat die Befugnis, budgetierte Ausgaben bis Fr. 50'000.00 im Fachbereich zu vollziehen.

5.8 Leiter Sozialdienst Wasseramt Ost

§ 41

§ 133 GG

- 1 Die Aufgaben des Sozialdienstes Wasseramt Ost richten sich nach der kantonalen und der lokalen Gesetzgebung und dem Zusammenarbeitsvertrag.
- 2 Der Leiter des Sozialdienstes Wasseramt Ost hat die Befugnis, budgetierte Ausgaben bis Fr. 10'000.00 im Fachbereich zu vollziehen.

5.9 Feuerwehr

§ 42

- 1 Die Aufgaben der Feuerwehr richten sich nach der kantonalen und der lokalen Gesetzgebung.
- 2 Der Feuerwehrstab hat die Befugnis, budgetierte Ausgaben bis Fr. 10'000.00 im Fachbereich zu vollziehen.

5.10 Nebenamtliche Gemeindefunktionäre

§ 43

§ 133 GG

Gestützt auf gesetzliche Bestimmungen, auf Beschlüsse der Gemeindeversammlung, auf Bestimmungen von Gemeindereglementen oder im Rahmen der Finanzkompetenz des Gemeinderates werden auf eine verfassungsmässige Amtsdauer die nötigen nebenamtlichen Funktionäre gewählt. Die DGO umschreibt die Wahlart und eventuelle Wählbarkeitsvoraussetzungen. Die Funktionäre unterstehen in erster Linie den für sie zuständigen Kommissionen. Der Gemeinderat erlässt, soweit notwendig, die erforderlichen Pflichtenhefte.

6 Finanzhaushalt

6.1 Finanzplan

§ 44

§ 138 GG

Der Gemeinderat erlässt jährlich einen Finanzplan.

6.2 Voranschlag

§ 45

§ 139 ff GG

Der Voranschlag für das nächste Jahr ist dem Gemeinderat jeweils bis 31. Oktober zu unterbreiten.

6.3 Neue Ausgaben unter einem besonderen Traktandum

§ 46

§ 142 GG

Bevor über den Voranschlag beschlossen wird, sind nicht gebundene einmalige Ausgaben, die Fr. 500'000.00 und jährlich wiederkehrende Ausgaben die Fr. 100'000.00 übersteigen, von der Gemeindeversammlung unter einem besonderen Traktandum zu beschliessen.

6.4 Rechnungsprüfung

§ 47

§ 155 ff GG

- 1 Für die Rechnungsprüfung wird anstelle der Rechnungsprüfungskommission eine aussenstehende Kontrollstelle eingesetzt.
- 2 Die Gemeindeversammlung bestimmt die Kontrollstelle für die Dauer einer Amtsperiode.

7 Unternehmen

§ 48

§ 158 ff GG

Die Einwohnergemeinde Derendingen führt folgende Unternehmen:

Unter dem Namen „EWD Elektrizitäts- und Wasserversorgung Derendingen“ besteht eine selbständige öffentlich-rechtliche Unternehmung der Einwohnergemeinde Derendingen mit eigener Rechtspersönlichkeit.

8 Zusammenarbeit der Gemeinden

§ 49

§ 164 ff GG

Die Einwohnergemeinde Derendingen

- a) ist folgenden Zweckverbänden beigetreten:
 - 1. Zweckverband Oberstufe Wasseramt Ost;
 - 2. Zweckverband Alters- und Pflegeheim Derendingen/Luterbach;
 - 3. Zweckverband der Abwasserregion Solothurn-Emme (ZASE).
- b) hat folgende öffentlich-rechtlichen Verträge abgeschlossen:
 - 1. Regionale Zivilschutzorganisation Wasseramt Ost;
 - 2. Vereinbarung Sozialregion Wasseramt Ost;
 - 3. Gemeinsame Führung einer Ausgleichskassen-Zweigstelle (AHV/IV).
- c) ist an folgender öffentlich-rechtlicher Anstalt beteiligt:
 - 1. Schwimmbad Eichholz.
- d) führt die privatrechtlichen Beteiligungen im Anhang der Jahresrechnung auf.
- e) führt eine Liste über weitere Zusammenarbeiten.

9 Beschwerderecht

§ 50

§ 197 ff GG

- 1 Wer stimmberechtigt ist oder wer von einem Beschluss berührt wird und ein schutzwürdiges eigenes Interesse hat, kann beim Regierungsrat Beschwerde erheben gegen die von den Stimmberechtigten an der Gemeindeversammlung oder an der Urne gefassten Beschlüsse.
- 2 Gegen letztinstanzliche Beschlüsse der Gemeindebehörde kann nur Beschwerde erheben, wer von einem Beschluss berührt wird und ein schutzwürdiges Interesse hat.
- 3 Der Gemeinderat ist selbständig entscheidende, kommunal letzte Beschwerdeinstanz.
- 4 Die Vorschriften der Spezialgesetzgebung bleiben vorbehalten.

10 Schlussbestimmungen

10.1 Aufhebung bisherigen Rechts

§ 51

Mit dem Inkrafttreten dieser Gemeindeordnung sind die Gemeindeordnung vom 18. März 1993 mit all ihren Änderungen und alle dieser Gemeindeordnung widersprechenden Bestimmungen aufgehoben.

10.2 Inkrafttreten

§ 52

Diese Gemeindeordnung tritt, nachdem sie von der Gemeindeversammlung beschlossen und vom Regierungsrat genehmigt worden ist, auf 1. Januar 2011 in Kraft.

Von der Gemeindeversammlung der Einwohnergemeinde Derendingen beschlossen am
1. Dezember 2010.

Einwohnergemeinde Derendingen
Gemeindepräsident

Leiterin Administration

Kuno Tschumi

Béatrice Müller

Änderungsindex

| Version | Datum GV | RR | Gegenstand |
|---------|-------------|----|------------|
| 1.0 | 01.12.2010 | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |